

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Er scheint

wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 1 G. Mk. frei ins Haus, einschließlich der Postgebühren. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 Mk. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechs Spalten 8 mm hohe (Netto-)Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatte. Anzeigen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Nach- und Datenerfüllung und Belaglieferung ausgeschlossen. Zahlungen auf Postkonto Frankfurt am Main Nr. 20771

Annahmehgebühr für Offerten und Anstufung beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 37.

Donnerstag, den 26. März 1925

18. Jahrgang.

Wenn ich mein eignes Leben betrachte,
So scheint es mir glücklich;
Wenn ich das Leben anderer betrachte,
Wird's wieder erträglich.

Die Volkszählung 1925.

Der Reichstag hat am 12. März 1925 ein Gesetz über die Vornahme einer Volks-, Berufs- und Vorkommniszählung verabschiedet, zu dem die Reichsregierung die Ausführungsvorschriften erlassen hat. Das große Zählmittel hat die Aufgabe, neue Grundlagen für die gesamte Bevölkerung-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu schaffen, um der Verwaltung, der Wirtschaft und der Wissenschaft die wertvollsten Aufschlüsse über die berufliche und wirtschaftliche Struktur des deutschen Volkes und der deutschen Volkswirtschaft bereitzustellen.

Wegen der Verbindung der Volkszählung mit der Berufs- und Betriebszählung mußte der Zähltermin auf einen Zeitpunkt gelegt werden, an dem das Wirtschaftslieben, vor allem auch die Landwirtschaft und die großen Saisongewerbe (Baugewerbe usw.) normalerweise in vollem Gange sind. Es wurde deshalb, wie in früheren Jahren, die Zählung in die Mitte des Monats Juni — auf den 16. Juni 1925 — gelegt. Um gleichzeitig jedoch mit der Zählung den an eine allgemeine Volkszählung zu stellenden Anforderungen Rechnung zu tragen, ist durch besondere Ertragung der vorübergehend anzuwendenden und vorübergehend abzuweisenden Vorzüge getroffen, daß neben der ortsanwesenden Bevölkerung auch die Wohnbevölkerung festgesetzt werden kann.

Die Volkszählung wird in organischer Verbindung mit der Berufs- und Betriebszählung durchgeführt. Die Fragen beziehen sich einerseits auf Namen, Stellung im Haushalt, Geschlecht, Alter, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Staatsangehörigkeit, Muttersprache und Wohnort vor dem Kriege, andererseits auf Beruf, Stellung im Beruf und den Betrieb usw., in dem der Beruf ausgenutzt wird, sowie auf den Nebenberuf.

Die landwirtschaftliche Betriebszählung wird mittels des Land- und Forstwirtschaftsbogens durchgeführt. Das Erhebungsprogramm ist gegenüber früheren Zählungen nicht unerheblich erweitert. So sind einige Fragen neu aufgenommen worden, um die Besitz- und Beschwärzungsverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe näher klären zu können; auch die Fragen nach der Bodenbenutzung wurden in verschiedener Hinsicht erweitert. Eine Neugestaltung und zum Teil Erweiterung haben auch die Fragen nach den beschäftigten Personen, nach der Verwendung von Maschinen, nach dem Viehstand, sowie die besonderen Fragen, die sich auf die landwirtschaftlichen Nebengewerbe beziehen, erfahren.

Die gewerbliche Betriebszählung wird mit Hilfe des Gewerbebogens vorgenommen. Die Fragen beziehen sich auf die genaue Erfassung der in einzelnen betriebenen Gewerbearten, auf die Erfassung der Beschäftigten der Unternehmungen, der Zahl der auf die Ermittlung der Zahl und Leistung der Kraftmaschinen (mit eingehender Untercheidung der verschiedenen Kraftquellen usw.) und der Kraftfahrzeuge, sowie der Wiederholung der gewerblichen Niederlassungen nach technischen Einheiten (Teilbetrieben, offenen Verkaufsstellen usw.).

Die Erhebung wird wieder durch die Gemeindeführer mit Hilfe von freiwilligen (ehrenamtlichen) Zählern durchgeführt werden. Die Verarbeitung des Urmaterials erfolgt nach Gesichtspunkten, die für das ganze Reich einheitlich festgelegt sind, durch die statistischen Landesämter, die zusammenfassende Verarbeitung der gesamten Reichsergebnisse durch das statistische Reichsamt.

Die Zerstörungen bei Krupp.

Der Journalistenbesuch in Essen. Unter Führung des Reichspressesekretärs waren etwa 100 Journalisten, unter denen sich 30 ausländische befanden, einer Einladung der Stadt Essen und der Firma Krupp geehrt.

Generalrat Bauer, Mitglied des Direktoriums der Friedrich Krupp A.-G., begrüßte die Gäste und trat in längeren Ausführungen der Behauptung des französischen Ministerpräsidenten entgegen, daß die Firma Krupp noch immer nicht die Forderung auf Zerstörung der großen Maschinen zur Anfertigung von Kriegsmaschinen ausgeführt habe.

Der Redner machte dann genaue Angaben über die tatsächlichen Zerstörungen. Bei Kriegsende, am 7. November 1918, bestand der Maschinenpark d. Essener Werke aus 20 696 Maschinen, bis zum 1. Januar 1925 waren auf Anordnung der F. M. K. K. zerstört und zerstückt 9 173 Maschinen, das heißt 44,6 Prozent der gesamten ursprünglich vorhandenen Maschinen. Die F. M. K. K. habe seit Mai 1920 die Befestigung der Maschinen überwacht und zwar so stark, daß auch keine der übrig gebliebenen Maschinen von ihrem Standort ohne Meldung an die Kommission verlegt werden durfte. Das Gewicht der befestigten Maschinen betrage rund 46 000 Tonnen, das ist gleich dem Ladegewicht von 3000 Eisenbahnwagen. Hinsichtlich der Zerstörung von Maschinen sind bis auf eine alle früheren Forderungen der F. M. K. K. restlos erfolgt. In Goldmark gerechnet handelt es sich um eine Zerstörung von Werten in Höhe von 102 Millionen Goldmark, ein Betrag, für den die Werke nur eine geradezu minimale Entschädigung in Papiermark erhalten haben, die größtenteils in der Inflationszeit gezahlt sei.

Chamberlain vor dem Unterhaus.

Volle Billigung der deutschen Sicherheitsvorschläge.

Der englische Außenminister Chamberlain hielt am Dienstag im Unterhaus eine bedeutende Rede über die auswärtige Politik Englands. Er begründete zunächst noch einmal seine ablehnende Haltung gegenüber dem Genfer Friedensprotokoll und ging dann ausführlich auf die seit Monaten sehr umstrittene Frage des europäischen Sicherheitspaktes ein. Dabei stellte er sich namens der britischen Regierung vollinhaltlich auf den Boden der deutschen Vorschläge und gab dem Parlament das feierliche Versprechen, daß keine englische Regierung in Zukunft instand sein werde, mit Frankreich und Belgien ein einseitiges Militärbündnis mit der Spitze gegen Deutschland abzuschließen.

Im einzelnen führte Chamberlain aus, er sei überzeugt, daß die deutsche Regierung einen aufrichtigen und ernsthaften Versuch mache, zu einem besseren Zustand in Europa zu kommen, und es bestehe Hoffnung, daß England dazu beitragen könne, diesen Versuch zu einer fruchtbareren Lösung zu bringen. In großen Linien handele es sich bei den deutschen Vorschlägen um folgendes:

„Deutschland ist bereit, mit den am Rhein interessierten Mächten in einen gegenseitigen Pakt einzutreten. Ähnliche Schiedsgerichtsverträge könnten mit anderen Staaten abgeschlossen werden, die gemeinsame Grenzen mit Deutschland haben, falls jene Staaten es wünschen. Deutschland ist bereit, jeden Gedanken, zum Krieg als Mittel einer Grenzberichtigung zu greifen, aufzugeben, Deutschland ist bereit, in einen gegenseitigen Garantiepakt für die jetzt bestehende Lage im Westen einzutreten. Deutschland ist gleichfalls bereit zu erklären, es verzichte darauf, durch einen Krieg die Grenzen im Ost zu ändern, aber Hoffnung aufgeben wird, jemals die östlichen Grenzen durch freundschaftliche Verhandlung, auf diplomatischem Wege oder durch Vermittlung des Völkerbundes an gewissen Punkten zu ändern.“

Chamberlain erklärte weiter, er hoffe, das Parlament werde mit der Regierung darin übereinstimmen, daß es bereits ein Zeichen des Fortschrittes sei, daß solche Vorschläge gemacht worden seien. Die Bedeutung dieser Vorschläge sei, falls er sie richtig auf fasse, um so größer, als Deutschland in ihnen freiwillig zu Garantien bereit sei, die es bisher nur gewungenermaßen gegeben habe. Deutschland habe diese genau umschriebenen Vorschläge keineswegs an bestimmte Bedingungen wegen der Nennung der Kölner Zone oder der Ausrüstung der Belagerungsreifen des Rheinlandes gebunden.

Ein einseitiges Militärbündnis gegen Deutschland.

Chamberlain fügte hinzu, dies sei in großen Umrisen die Lage gewesen, als er London verlassen habe, um Herriot in Paris zu treffen und der Völkerbund in Genf beizuwohnen. Im Auftrage der englischen Regierung habe er Herriot und den anderen Außenministern offen und ehrlich auseinandergesetzt, daß das Protokoll für England mannehmbar sei, und er habe dem französischen Ministerpräsidenten ferner im Auftrage des englischen Kabinetts die Mitteilung machen müssen, daß es für keine englische Regierung in Zukunft möglich ein werde, einen einseitig gegen Deutschland gerichteten Militärpakt mit Frankreich oder Belgien abzuschließen.

Er habe ferner im Auftrage des englischen Kabinetts der französischen Regierung eröffnet, daß die englische Regierung der Auffassung sei, daß man den deutschen Vorschlägen in England größte Bedeutung beimesse. Nach seinen Gesprächen in Paris und Genf mit fremden Staatsmännern habe er den Eindruck gewonnen, daß die fremden Regierungen bereit seien, die deutschen Vorschläge einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen.

Gegen Schluß seiner Rede richtete Chamberlain dann einen warmherzigen Appell an Deutschland, in den Völkerbund einzutreten, und zwar auf der Grundlage vollständiger Gleichheit der Rechte und Pflichten mit den anderen Völkern. Deutschland werde dann auch den ihm gebührenden Sitz im Völkerbundsrat erhalten.

Mary in Köln.

Die erste große Wahlrede des Zentrumskandidaten.

Der Präsidentschaftskandidat der Zentrumspartei, Reichskanzler A. D. Wilhelm Marx, hielt am Dienstag in seiner Heimatstadt Köln seine erste große Rede im Wahlkampf. Als Nichtsjahr für seine politische Tätigkeit wählte er folgenden Wahlspruch:

„Ruhe und Ordnung als Gewähr einer stetigen Entwicklung im Innern, Frieden und Verständigung als Leitlinien unseres Handelns nach außen!“

Unter Zugrundelegung dieser Wahlsprüche forderte er in innerpolitischer Hinsicht die Bewirkung der von ihm stets betonten Volksgemeinschaft, deren Erhebung er als eine nationale Pflicht bezeichnete. Im Zusammenhang damit wandle er sich gegen eine Entfesselung konfessioneller Kämpfe. Die konfessionelle Zerklüftung sei Deutschlands Schicksal, und wir müßten dafür sorgen, daß sie uns nicht zum Verhängnis werde. In der Vereinigung der Kräfte des deutschen Volkes für den hohen Dienst am Vaterland würden wir auch den Frieden in der Arbeit, den sozialen Frieden, finden. Es sei unsere große Aufgabe, dem demokratischen Staat, den uns die Weimarer Verfassung gegeben habe, aus deutschen Inhalt und deutschen Geist zu geben. Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Weiß-Rot-Gold seien Einbilder und Hoffnungen, die sich nicht bekämpfen, sondern ergänzen wollen. Unter Schwarz-Weiß-Rot haben wir Deutschlands Größe erlebt, Schwarz-Weiß-Rot-Gold sind die alten deutschen Reichsfarben, sind uns das Symbol für uns fernere Ziel eines einigen Groß-Deutschlands.

In der Außenpolitik forderte Marx, daß der Weg der Verständigung fortgesetzt werde, ohne daß bei den Verhandlungen mit auswärtigen Mächten die Ehre und das Ansehen des deutschen Volkes aufs Spiel gesetzt werde. Der Völkerbundsgedanke dürfe keineswegs von uns abgelehnt werden. Große und wertvolle deutsche Landstriche seien durch den Friedensvertrag vom deutschen Vaterland abgerissen worden. Alle Kraft müsse zunächst zuhalten. Den Gedanken, einen autonomen Rheinlande im Bereich des Deutschen Reiches zu bilden, für die schwer bedängten Grenzgebiete. Die Sorge wie auch im Osten, Norden und Südosten müsse eine der vornehmsten nationalen Aufgaben der politischen Leitung Deutschlands sein und bleiben.

Eine Erklärung Adenauers.

Die Antwort an Jarres. Im Anschluß an die Kölner Rede des früheren Reichskanzlers Marx ging Oberbürgermeister Dr. Adenauer auf die Angriffe ein, die der Kandidat

Die Diplomaten schon lange beschäftigt. Die Zeitung wird nicht trocken sein, es empfiehlt sich daher, an die Erneuerung des Zeitungsabonnements zu denken, damit in der Zustellung der Zeitung keine Störung eintritt.

Der Stapellauf der „Berlin“.

Der Unfall in Bremen.

Auf der Werk in Vegesack bei Bremen ist der Doppelstrahldampfer „Berlin“ des Norddeutschen Lloyd vom Stapel gelaufen. Die Landrede hielt der Oberbürgermeister Dr. Köhler der Stadt Berlin, die die Patenschaft des Schiffes übernommen hatte.

Der Personen- und Frachtdampfer „Berlin“ hat einen Rauminhalt von 15 000 Bruttoregistertonnen. In seiner Einrichtung und Ausrüstung entspricht das Schiff den neuesten Vorschriften der deutschen, amerikanischen, englischen und spanischen Gesetze für Auswandererschiffe. Dementsprechend ist auf die Ausgestaltung der Sicherheitsvorkehrungen besonderer Wert gelegt worden. Außerdem sind Stationen für drahtlose Telegraphie und die gesetzlich vorgeschriebenen Vorrichtungen zur Abgabe von Licht- und Notsignalen vorhanden.

Die Hauptabmessungen des Schiffes sind folgende: Länge 167,66 Meter, Breite 20,98 Meter, Seitentiefe bis zum Hauptdeck 14,22 Meter, Deckhöhe 2,45 bis 2,60 Meter. Zur Fortbewegung des Schiffes dienen zwei Dreifach-Expansions-Dampfmaschinen von je 6000 PS., die dem Schiff eine Geschwindigkeit von mindestens 16 1/2 Knoten verleihen sollen.

Der Dampfer ist eingerichtet für die Beförderung von: in der ersten Klasse 220, in der zweiten Klasse 284 und in der dritten Klasse 618 Passagieren. Die Verbindung der einzelnen Decks untereinander wird durch geräumige Treppenhäuser vom untersten bis obersten Deck reichend, hergestellt. Auf dem Bootsdeck ist die Kommandobrücke mit den Wohnräumen für Kapitän und Offiziere sowie die Station für drahtlose Telegraphie, die Turnhalle und die Laube angeordnet. Auch die Mehrzahl von Rettungsbooten hat hier Aufstellung gefunden.

Der Dampfer ist auch mit allen neuzeitlichen Erfindungen auf navigatorischem Gebiete, z. B. Kreiselkompass, Selbstfeuerapparat, Unter-Wasser-Schall- und Peilgerät, Radioteleskop usw. ausgestattet. Das Schiff wird voraussichtlich im Spätsommer dieses Jahres für die Linie Bremen-New York in Dienst gestellt werden.

Unsere Baumwolle.

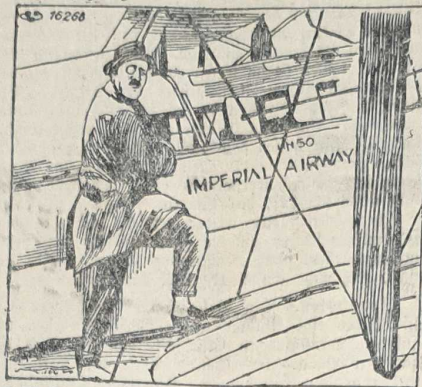
Ihr Anbau und ihre Kultur in Ägypten.

Das scharfe und rücksichtslose Vorgehen Englands gegen Ägypten findet seine natürliche Erklärung in dem englischen Bestreben, sich Land für die Baumwollkultur zu sichern. Ägypten selbst ist ein uraltes Baumwollland, wemgleich die Kultur dieser wichtigen Pflanze bereits unter der Herrschaft der Ptolomäer dort verlorengegangen ist. Erst in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde festgestellt, daß Ägypten im Altertum Baumwolle hervorgebracht hat und sich hervorragend für die Kultur dieser Pflanze eignet, und zugleich mit dieser Entdeckung entstand das Bestreben Englands, sich in den Besitz Ägyptens zu setzen. Nunmehr ist der letzte Schritt auf diesem Wege getan worden: am oberen Lauf des blauen Nils wird jetzt ein gewaltiges Stauwerk angelegt, welches der Urbarmachung von 13 000 Hektar Land dienen wird, die ausschließlich für den Anbau von Baumwolle verwendet werden sollen.

Dem England braucht eine Vergrößerung seiner Baumwollflächen dringend. Schon ist es so weit, daß die Zahl der Baumwollspindeln in England nicht mehr steigt und Amerika durch künstliche Vermehrung seiner

Baumwollspindeln, als das größte Baumwollproduktionsland, seine Baumwolle, statt zur Verarbeitung nach England auszuführen, sie im eigenen Lande verarbeitet. 1911 verfertigte England über 55 und Amerika über 30 Millionen Spindeln, gegenwärtig besitzt England 57 und Amerika bereits 48 Millionen Spindeln und damit ist die Gefahr einer Baumwollmangelnot wieder in unmittelbare Nähe gerückt. Was das für England bedeutet, hat seiner Zeit der amerikanische Bürgerkrieg gezeigt, als hierdurch die amerikanischen Zufuhren ausblieben und nun hunderttausende englischer Arbeiter brotlos wurden, als die Baumwollspinnereien, die Webereien, die Färbereien und der größte Teil der Konfektionsindustrie stillstand und im ganzen Lande Gottesdienste abgehalten wurden, in denen das Schluchzgeräusch lautete: „Gott gib uns die Baumwolle wieder“. Gewiß, außer in Ägypten hat England in Ostindien noch ein Anbaugebiet, aber die indische Baumwolle ist minderwertig, die dort vorhandenen Anbauflächen zu klein, der Transport zu teuer und langwierig, die Verarbeitung teurer als die der amerikanischen Baumwolle. So wird auch England durch die wirtschaftliche Überlegenheit Amerikas langsam aber unaufhaltsam zu einer Nachtzweiter Ordnung herabgedrückt.

Im Flugzeug von London nach Indien u. zurück



Der Chef der engl. Zivilluftfahrt, General Brancor, legt zur Feststellung der künftigen englischen Überlandroute die ungeheure Entfernung von 18 000 engl. Meilen im Flugzeug zurück.

Der amtliche Stimmzettel.

Wie wähle ich am 29. März?

Bei der Wahl des Reichspräsidenten am kommenden Sonntag dürfen nur die amtlichen Stimmzettel benutzt werden, die zugleich mit dem amtlichen Umschlag jedem Wähler im Wahllokal ausgehändigt werden. Der Stimmzettel enthält die Namen der auf Grund der Wahlvorschlüge für den ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl zugelassenen Anwärter, diesmal also sieben Namen.

Außerdem weist der Stimmzettel, im Gegensatz zu dem bei der Reichstagswahl verwandten Stimmzettel, noch einen freien Raum auf, in den der Wähler, wenn er keinem der bezeichneten Kandidaten seine Stimme geben will, den Namen irgend eines anderen Sonderkandidaten handschriftlich eintragen kann.

Man kann jedoch jedem Wähler nur dringend davon abraten, von diesem Rechte einer handschriftlichen Eintragung eines Sonderkandidaten Gebrauch zu machen.

Diese unglückliche Bestimmung mußte in der Wahlgesetz für die Präsidentenwahl aufgenommen werden, da nach der Reichsverfassung jeder Deutsche, das 35. Lebensjahr vollendet hat, wählbar ist. In der Praxis kann diese Bestimmung zu einer heillosen Verwirrung und Zerplitterung Sonderkandidaten führen, ganz abgesehen davon, daß derartige Bestimmungen nicht die geringsten Ausichten haben, gewählt zu werden. Für die Wahl kommen ernstlich nur die sieben Kandidaten in Betracht, deren Namen in dem amtlichen Stimmzettel aufgeführt sind. Nachstehend geben wir eine Abbildung des amtlichen Stimmzettels wieder.

Reichspräsidentenwahl.

| | |
|---|---|
| Otto Braun | ○ |
| Preussischer Ministerpräsident a. D., Berlin | ○ |
| Dr. Heinrich Held | ○ |
| Bayerischer Ministerpräsident, München | ○ |
| Dr. Willy Hellpach | ○ |
| Badischer Staatspräsident, Karlsruhe | ○ |
| Dr. Karl Jarres | ○ |
| Reichsminister a. D., Oberbürgermeister, Duisburg | ○ |
| Erich Ludendorff | ○ |
| General der Infanterie a. D., München | ○ |
| Wilhelm Marx | ○ |
| Reichskanzler a. D., Berlin | ○ |
| Ernst Thälmann | ○ |
| Reichstagsabgeordneter, Hamburg | ○ |

Mit diesem amtlichen Stimmzettel geht der Wähler in die vor sich geschlossene Wahlzelle, zeichnet ein Kreuz in den Kreis neben dem von ihm gewünschten Wahlvorschlüge

und legt den Zettel in den Umschlag. Von den Kreisen neben den einzelnen Wahlvorschlügen darf natürlich nur einer angekreuzt werden. Dies geschieht am besten durch ein in den Kreis einzuziehendes Kreuz (+), (nicht etwa zwei oder drei Kreuze), wozu ein Bleistift mitzubringen ist.

Der Stimmzettel darf nicht zerrissen oder völlig durchstrichen sein. Vermerte oder Vorbehalte sind unzulässig; desgleichen die Beifügung von Schriftstücken in den Umschlag. Alle solche Verstöße machen den Stimmzettel ungültig. Das gleiche ist der Fall, wenn jemand den Umschlag zur besseren Wahrnehmung des Wahlgeheimnisses mit einem Faden umwickelt; damit erhielt der Umschlag ein besonderes Merkmal, und das Wahlgeheimnis wäre nicht gewahrt. Aus dem gleichen Grunde dürfen weiter keinerlei Zeichen auf den amtlichen Umschlag gemacht und darf kein Privatumschlag benutzt werden.

Nach der Zettelausfüllung tritt der Wähler an den Vorstandstisch, nennt Namen und Wohnung (für den Notfall führt man Ausweis-papiere mit sich) und überreicht den Umschlag mit dem Zettel darin. Der Wahlvorstand legt dann den Umschlag mit dem Stimmzettel unverändert in die Wahlurne.

Besondere Erleichterungen für Kranke.

Einer Unterstützung bei der Stimmgabe dürfen sich Kranke, Schwache, Kurzsichtige, Blinde, Krüppel, die in treuer Pflichterfüllung von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen wollen, bedienen. Sie sind berechtigt, eine Vertrauensperson zum Wahlort mitzubringen.

Henko

Henkel's Walch- und Bleich-Soda



spart Seife und Seifenpulver!
Mitverwendung von Henko bei der Wäsche verbilligt das Waschen.
Vorzügliches Einweichmittel.

Die für Donnerstag angekündigte
Verammlung
findet am Sonnabend, den 28. März 8 Uhr abends im
Hotel Heinz als
Rundgebung für die Wahl des Herrn
Dr. Jarres statt
Redner: Dr. Hopp - Cassel
Niemand darf fehlen!
Das Vaterland über die Partei!
Reichsblock
Ortsgruppe Spangenberg.

Sehr gut erhaltenes
Fahrrad
hat preiswert zu verkaufen.
Theune
Eigene Scholle.

S ä g e s p ä n e
hat in größeren Mengen laufend abzugeben.
Spangenberg Holzindustrie
Heinz u. Salzmänn.

Saat- u. Speisefartoffeln
hat abzugeben
Kettler, Halbersdorf.

Saattartoffeln
Industrie, Odenwälder,
Blaue und andere Sorten
haben in Wagonladungen
preiswert abzugeben.
Landwirtschaftliche
Handelsgesellschaft m. b. H.
Ebeleben i. Thüringen.
Fenspecher Nr. 95.



Habe Freitag u. Sonnabend
einen Transport
Ferkel u. Läufer Schweine
zum Verkauf stehen.
Rehr, Elbersdorf.

Wegen Krankheit des jetzigen ein sauberes
Tagesmädchen
für dauernd gesucht.
Frau P. Theis-Nienhaus
Zahn-Praxis.

Rentenbankgrundschuld.
Die der Landwirtschaft zugewandenen oder zugehenden neun
Rentenbank-Grundschuldbescheide enthalten auf Seite 2 die
Berechnungen der am 1. 10. 24 bzw. 1. 4. 25 fälligen
Zinsraten. Die Stundungen der am 1. 10. 24 fällig
gewesenen Rentenbankzinsen, die aus Anlaß der Einziehung
worden sind, haben bis auf weitere Weisung noch Gültig-
keit.
Die Stundung erstreckt sich indessen nicht auf die am
1. 4. 25 fälligen Rentenbankzinsen. Diese und alle folg-
enden Zinsraten sind somit auch von der Landwirtschaft
in den Notgebieten zu zahlen.
Spangenberg, den 13. März 1925.
Der Bürgermeister, Schier.
Einsperren von Tauben.
Die Tauben sind vom 25. März bis einschließlich 1.
April, den 9. 3. 25.
Der Landrat.